Wiener Rathhaus-Correspondenz
Herausgeber u. verantwortl. Redacteur
Rudolf Eigl VIII. Blindeng. 35.
12. Jahrg. Wien, Dienstag 12. Nov. № 261

Neue Schule. Morgen früh wird abermals ein neues Schulgebäude u. zw. in Favoriten Laimäckergasse der kirchlichen Weihe zugeführt werden. Für diesen Schulbau wurde von dem dem Wiener Bürgerspitalfonde gehörigen Vogelbrunnen-Acker der zwischen der künftigen Hauslerlebengasse (?), der Schrankenberg- und Laimäckergasse gelegene Theil im Ausmaße von 2077 m² um den Preis von 14 K für den Quadratmeter reinen Baugrund (also circa um 29.000 K) angekauft. Gleichzeitig wurde eine Projektskizze genehmigt, wonach der Knabenschul-Tract in der Laimäckergasse, der Mädchenschul-Tract in der Schrankenberggasse einen Eingang erhalten soll, während in der Hauslerlebengasse (?) in der Mitte ein Turnsaal-Tract aufgeführt werden soll. Die Kosten für den ganzen Bau samt Einrichtung sind mit 404.000 K veranschlagt. Heuer wurde nur der Tract in der Laimäckergasse, der für die Unterbringung der Knabenschule bestimmt ist u. der Turnsaaltract hergestellt. Eingerichtet ist aber derzeit blos der Turnsaal zu ebener Erde. Mit dem Bau wurde anfangs Mai begonnen, am 29. Oktober wurde der Benützungsconsens ertheilt. Das Gebäude steht in der 32 Meter breiten Hauslerlebengasse (?) mit den Seitenflügeln in der Baulinie, während der gesammte Mitteltract um 3 Meter hinter dieselbe zurücktritt. In der 15·17 Meter breiten Laimäckergasse tritt der Bau um 6 Meter hinter die Baulinie zurück. Der Raum bis zur Baulinie ist zur Anlage von Vorgärten benützt. Der vorläufig fertig gestellte Tract enthält 13 Lehrzimmer, 1 Turnsaal mit Garderobe, 1 Kanzlei, 1 Conferenzzimmer, 1 Schuldienerwohnung u. sonstige Nebenräume. Vorläufig soll dieser Tract sowohl zur Aufnahme von Knaben- wie auch von Mädchen-Volksschulklassen dienen. Die Ausführung des bis jetzt fertiggestellten Gebäudes erfordert einen Betrag von ~~rund~~ 245.000 K. Die Bauleitung war dem städtischen Baurathe Haubtfleisch, die unmittelbare Beaufsichtigung dem Ober-Ingenieur Schulak v. Lahnwehr übertragen. Die Baumeisterarbeiten hatte Wenzel König erstanden.

Licitation. Am 18., 19. und 20. d., allenfalls auch an den folgenden Tagen werden Pretiosen, Chinasilberwaaren, Taschen-, Wand- und Pendeluhren, Geschäftseinrichtungen, Möbel, Spiegel, feuerfeste Cassen, Oelgemälde, Farbendruck-Bilder, Strickmaschinen, Werkzeuge, Lampen, Küchengeräthschaften, Kleider, Kleiderstoffe, Teppiche, Pfaidlerwaaren, Leinenwaaren, ~~Jacken~~, Damenjacken, Handschuhe, Kunstblumen, Galanterie- u. Papierwaaren, Operngläser, Reißzeuge, Schildkrotwaaren, Automaten, Musik-Spielwerke, Claviere, Leder, Wagen etc. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden. Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im Rathhause innere Stadt Felderstraße 6. Hof Parterre einfinden. Die Auction findet von halb 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt.

Verpachtung des Schankgewerbes im Hernalser Schlachthause. Wegen Verpachtung des Gast- und Schankgewerbes u. der zur Ausübung desselben bestimmten Localitäten samt den dazu gehörigen Wohnräumen im rechtsseitigen Administrationsgebäude des Schlachthauses an der Als im Bezirk Hernals vom 1. Februar 1902 auf die Dauer von drei Jahren wird vom Magistrate am 25. d. zehn Uhr vormittags im Bureau des Magistratsrathes Kamerer (?) im Neuen Rathhause eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Literatur. Soeben hat ein Band Gedichte von Wolfgang Madjera die Presse verlassen, der in den nächsten Tagen unter dem Titel „Schatten und Sterne" bei Carl Konegen I. Opernring, Heinrichshof erscheinen wird.

Wiener Rathhaus-Correspondenz
Herausgeber u. verantwortl. Redacteur
Rudolf Eigl VIII. Blindeng. 35
12. Jahrg. Wien, Mittwoch 13. Nov. № 262.

Ausgestaltung des Theresienbades. In der heutigen Sitzung des Stadtrathes legte StR. Fuchs eine Projektskizze für die Herstellung eines Vollbades im städtischen Theresienbade in Meidling vor. Das Schwimmbad soll in dem schmalen Gartentheile anschließend an das Wannenbad angelegt werden. Die Länge desselben soll 35 m, die Breite 13 m, die Tiefe zwischen 2·90 und 0·5 m betragen. Der Oberbau umfaßt in einem Holzbau in 2 Stockwerken 101 Cabinen (erster Klasse) u. in einem gemeinschaftlichen Auskleideraume 206 Kleiderkasteln sammt Nebenräumen. Die Kosten stellen sich auf ca. 100.000 Kronen. Dem Projekte wurde zugestimmt.

Schuleinweihung. Weit draußen an der Verbauungsgrenze des Bezirkes Favoriten in der Nähe des Laaerberges wurde heute früh die von uns bereits geschilderte neue Schule in feierlicher Weise eingeweiht. Zur Ergänzung einer unserer vorgestrigen Meldung sei gleich hier gesagt, daß der heuer aufgeführte Tract in der Laimäckergasse ein Theil der zu errichtenden Doppel-Volksschule ist u. daß dieses Gebäude vollständig eingerichtet ist u. 10 Klassen auch bereits besetzt sind. Von den zwei Turnsälen, welche in einem eigenen Trakt untergebracht sind, ist für heuer blos der eine zu ebener Erde eingerichtet. Der heutigen Feier wohnten bei Bgm. Dr. Lueger, die Gemeinderäthe Pilder, Pollak, Rieder u. Rissanny, Bezirksschulinspektor Dr. Windenhofer, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hanke mit den Mitgliedern der Bezirksvertretung, des Ortsschulrathes u. des Armeninstitutes, ferner die Pfarrgeistlichkeit von St. Anton v. Padua u. St. Johann Evangelist, dann der Superior des Collegium Marianum der Salvatorianer in Favoriten P. Königbauer, Magistratsdirektor Weyer (?), die Magistratsräthe Oppel, Hülka, Narozny, Neuhofer u. Victorin, Magistratssecretär Stehl, Baurath Haubtfleisch, Oberingenieur Schulak v. Lahnwehr, Baumeister König, Oberstadtgärtner Sybler, die Ortsgruppe des christlichen Wiener Frauenbundes, die freiwillige Feuerwehr Rudolfshügel, der provisorische Leiter der Anstalt Karl Blümel mit dem Lehrkörper u. den Schulkindern. Pfarrer Eisterer von St. Anton v. Padua nahm die kirchliche Weihe des Gebäudes vor u. celebrierte unter großer Assistenz im festlich geschmückten Turnsaal eine heilige Messe, während der die Schulkinder das deutsche Meßlied „Hier liegt vor Deiner Majestät" sangen. In einer darauf folgenden Ansprache betont der Pfarrer Eisterer die Zusammengehörigkeit von Kirche u. Schule, verwies auf den Text des heutigen Evangeliums, in welchem der göttliche Kinderfreund die Worte sprach „Lasset die Kleinen zu mir kommen" u. sprach dem Bürgermeister u. der Gemeindevertretung den Dank für die Errichtung dieser Schule aus. Der Bgm. dankte der Geistlichkeit für die kirchliche Weihe u. sprach in längerer Rede den Wunsch aus, es möge Eintracht herrschen zwischen geistlichen u. weltlichen Lehrern, es möge die Lehrerschaft sich ihrer Pflicht bewußt sein u. die Kinder hauptsächlich in den Elementargegenständen gründlich unterrichten, keinen Unterschied machen zwischen Arm u. Reich u. die Kinder zu tüchtigen, guten österreichischen Patrioten heranziehen. Es sprachen dann noch Bezirksschulinspektor Dr. Windenhofer namens der Schulbehörde, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hanke namens der Bezirksvertretung und StR. Rissanny, welcher ~~den Dank~~ für die rasche Erledigung der Angelegenheit aussprach, dann der provisorische Leiter der Anstalt Blümel namens des Lehrkörpers. Der Schüler der 4. Klasse, Vogel richtete sodann an den Bürgermeister eine hübsche Ansprache, worauf die Schülerin der 4. Klasse, Matzner dem Bgm. einen Strauß mit weißen Nelken überreichte u. dazu ein von einem Mitglied des Lehrkörpers verfaßtes Festgedicht vortrug. Mit einem Hoch auf den Kaiser u. der Absingung der Volkshymne schloß der feierliche Akt.

Wiener Stadtrath.

Sitzung vom 13. November
Vorsitzender V. B. Dr. Neumayer.

StR. Schuh beantragt zu beschließen, daß namens der Commission für Verkehrsanlagen in Wien die Kosten für die anläßlich des Baues des rechtsseitigen Hauptsammelkanales erforderlich gewordenen theilweise Erhöhung der Rampenstützmauer der Erdberger Schleppbahn der Staatseisenbahn-Gesellschaft auf den Bau des rechtsseitigen Hauptsammelkanales übernommen werden. Die Kosten beziffern sich mit ca 300 Kronen. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Braunreiß werden der Gewerbeschulcommission weitere Lehrzimmer an der Mädchenvolksschule Rudolfsheim Goldschlagstraße 100 für Zwecke von gewerblichen Vorbereitungscursen überlassen.

StR. Graber beantragt dem Vorsteher des Bezirkes Hietzing ein Mehrquantum von 1500 m³ Gebirgsschlägelschotter mit einem Kostenerfordernisse von 10.740 K zu bewilligen. (Ang.)

1.

Für die Neuanschaffung von 15 Druckschläuchen für die städtische Feuerwehr werden 550 K 80 h bewilligt.

Dem Unterstützungsverein der Beamten des Veterinärwesens wird die Bewilligung zur Verzinsung seines Vermögens in der städtischen Sparkasse erteilt.

HR. Dr. Kraus berichtet über die Verleihung der Dr. Moriz Ondrasek Goldberger'schen Stiftungsstipendien für Gymnasien und die Ordnung von den verschiedenen Widerlager der Hafenbrücke wird unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen genehmigt.

Das städtische Lokale im Baumgarten wird dem bisherigen Pächter bis December 1904 weiter verpachtet.

Die von dem Stadterweiterungsausschusse vorgelegten Beleuchtungsverträge mit den Gemeinden Rothmühl, Oberlaa, Unterlaa u. Kledering werden genehmigt.

HR. Hellich beantragt wegen Lieferung 1901 die Anträge des Berichterstatters werden genehmigt.

Derselbe HR. legt den Bericht des GR. Lehmbla, betreffend die Zuerkennung der Honorare für die in die neuere Conkurrenz einzubeziehenden Entwürfe zum Bau des Kaiser Franz Josef Nationalmuseums vor. Der Bericht wird genehmigt.

Das von HR. Hermann vorgelegte Projekt für die Umgestaltung der Kaiserfontaine in der Kaiserallee vor der Großmarkthalle wird mit einem Kostenerfordernisse von 7784 K u. jenes für die Wiederherstellung mehrerer Kriegsallee zur Einfriedung von Wildgarten u. Geflügel mit einem Erfordernisse von 2900 K genehmigt.

Dem Projekte für den Bau eines Kanales in der Lehrerdorfgasse zwischen Marx- und Kugelgasse im Bez. Landstraße - Kosten 4429 K - wird zugestimmt.

Derselbe HR. berichtet über die Umgestaltung des Straßenreinigungsbezirkes für den Bez. Landstraße u. beantragt den mit 4 Aufsehern, 12 Vorarbeitern u. 104 Mann gestimmten Stand des Straßenreinigungsbezirkes um 24 Arbeiter zu erhöhen. Die Kosten belaufen sich jährlich um auf 19.272 K. (Ang.)

Nach einem Berichte des HR. Tomola wird der Unterrichtsabteilung für schwachsinnige schulpflichtige Kinder Hütteldorf Auhofstraße Hauptgasse 16 ein Zubau um 300 K per 1901 bewilligt.

Dem von HR. Fritzsche vorgelegten Projekte der Donau-Regulierung, das per 1902 zur Herstellung der ungepflasterten Straßen u. Gehsteige notwendigen Pflasters u. Randes u. des für den Leopoldinenhof bestimmten Gehsteig- und Straßenflächenpflasters ein öffentliches Offertverfahren auszuschreiben. (Ang.)

Der Gewerbeschulkommission wird für Zwecke des gewerblichen Vorbereitungscurses ein weiteres Lehrzimmer in der Schule Mariahilf Corneliusgasse 6 überlassen.

Der Umbau der in der Grünangergasse gegenüber der Kirchnitzgasse in Mariahilf befindlichen Lehrerwitwenanstalt wird mit einem Kostenerfordernisse von 1750 K genehmigt u. die Installationsarbeiten derselben der Firma Hilf. Lutz übertragen.

Nach einem Berichte des HR. Oppenberger werden der Kleinkinderbewahranstalt in der Kaiserwiesen 30 Meterzentner Coaks aus den städtischen Vorräten überlassen.

Der Gewerbeschulkommission wird für einen gewählten Arbeitsraum eines weiteren Lehrzimmer in der Schule Leopoldstadt Vorgartenstraße 191 überlassen.

Nach einem Berichte des HR. Weilmann wird die Aufstellung einer zweckmäßigen Planke in der verlängerten Hollengasse im Bez. Neubau genehmigt.

HR. Dr. Kaschner beantragt den Ankauf einer Anfertigung der Fertigung des Maria Theresia-Denkmales gestifteten goldenen Friedrichs-Medaille für die städtischen Sammlungen. (Ang.)

Das von demselben Berichterstatter auf Grund eines Turnvorschlages des Bezirksschulrates nach Vorzeichnis von 80 Schulkindern, nach mit Skizzen der Kaiser Franz Josef Jubiläums- Lebens- u. Reichen-Wiederhaltungsanstalt zu belohnen sind, wird genehmigt. Dem weiteren Antrage desselben, es seien die Knaben mit Allbrecht u. die Mädchen mit Ausstattungsskizzen zu belohnen, wird gleichfalls zugestimmt.

Kirchenmusik. Stephanskirche: 15. November halb 10 Uhr Hochamt: Introitus, Graduale, Offertorium u. Communio, Choral. Messe in C von Cherubini. Nach dem Offertorium Laudate von Cherubini. Tantum ergo von Mich. Haydn. Nachmittags Liturgische Vesper, Gesangsvortrag von Kritzsaler.

12.

13.

191.

Für die Wiener Stadtregulierung.

Antrag der Abg. Dr. Mayreder und Genossen.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Abg. Dr. Mayreder und Genossen nachstehenden Antrag eingebracht:

Im Staatsvoranschlag für das Jahr 1902 findet sich in Gruppe X, Ministerium der Finanzen, Heft 2 allgemeine Cassenverwaltung, Erfordernis, Titel 14, als Subvention für die Stadtgemeinde Prag ein außerordentlicher Betrag von 1,600.000 Kronen, welcher als erste von 10 Jahresraten einer Staatssubvention von zusammen 16 Millionen Kronen in Aussicht genommen wird. Diese letztere Summe ist die Hälfte des mit 32 Millionen Kronen veranschlagten Aufwandes für Assanierungs- und Regulierungsarbeiten, welche innerhalb der nächsten zehn Jahre im Weichbilde Prags vorgenommen werden sollen und welche diese Stadt bei dem Umstande, als sie gleichzeitig für weitere Investierungen im Betrage von mehr als 35·5 Millionen Kronen aufkommen soll, angesichts der bereits gegenwärtigen Höhe der Anlagen und des Jahresaufwandes für den Dienst der bisher schon realisierten Anlehen zu leisten außerstande sei. In dieser Post des Staatsvoranschlages liegt ein Bekenntnis der hohen Regierung bezüglich der Unhaltbarkeit der finanziellen Lage mancher Städte, welche vor allem dadurch hervorgerufen wurde, dass einige Steuern, namentlich die Verzehrungssteuern, bei uns vom Staate in Anspruch genommen werden, welche in den culturell höher stehenden Nachbarstaaten den Gemeinden überlassen und durch welche diese in den Stand gesetzt werden, ihren wirtschaftlichen Aufgaben gerecht zu werden.

Eine solche misliche finanzielle Lage und damit die Unmöglichkeit, den an sie herantretenden Aufgaben entsprechen zu können, äußert sich am empfindlichsten in den größeren Städten und insbesondere in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Lediglich einer zögernden und zurückhaltenden Wirtschaftspolitik der letzten Jahre ist es gelungen, das jährliche Deficit im städtischen Haushalte innerhalb bescheidener Grenzen zu halten. Das war jedoch nur möglich durch die Zurückstellung der Befriedigung selbst der dringlichsten wirtschaftlichen Bedürfnisse. Dennoch wurde in Anbetracht der neuerdings auftauchenden, das Budget der Gemeinde belastenden, infolge neuer Gesetze unvermeidlichen Auslagen der durchschnittliche Abgang für die nächste Zukunft mit rund 8 Millionen Kronen jährlich berechnet. Hiezu kommt noch, dass der Gemeinde Wien für die nächsten 10 Jahre bedeutende, nicht mehr länger zu verschiebende Investitionen bevorstehen. Als solche wären außer der Stadtregulierung und den mit dieser im engsten Zusammenhange stehenden Fragen folgende zu nennen:

	Kronen.
1. Pflasterungen	60,000.000
2. Canalbauten	13,000.000
3. Brücken (im Zuge der Rothenthumstraße, Dominikanerbastei und zwei neue Brücken im Zuge der künftigen Gürtelstraße sowie Umbau der Aspernbrücke, je circa 1,500.000 Kronen)	7,500.000
4. Markt- und Approvisionierungszwecke (Viehmarkt 6·0 Millionen, Schlachthäuser 9·2, Großmarkthalle 6·9, Detailmarkthalle 5·2, Fischhalle 0·5 und Großschlächterei 2·0 Millionen)	29,800.000
5. Lagerhauserweiterungen	2,800.000
6. Amtshäuser in mehreren Bezirken	5,600.000
7. Versorgungshäuser und Beitrag zu einem Waisenhaus	2,800.000
8. Volksbäder	2,300.000
9. Ausgestaltung der Feuerwehr (Neubau der Centrale)	2,000.000
10. Investitionen für Straßensäuberungszwecke sammt Anlage von Schotterbrüchen	7,000.000
11. Landwehrkaserne	2,400.000
12. Friedhöfe, Sanitätsstationen und Leichenbestattung	6,600.000
13. Schulbauten	16,300.000
14. Unterpflasterbahn durch die Innere Stadt	15,000.000
15. Die zweite Hochquellenleitung	120,000.000
Summe	292,500.000

Hiezu kommt vor allem noch die Stadtregulierung, bezw. die Sanierung einzelner Theile, namentlich der Innern Stadt, welche im Zusammenhalte mit einigen anderen in Verbindung stehenden Arbeiten allein eine Summe von rund 90 Millionen Kronen erfordern. Diese Summe vertheilt sich wie folgt:

	Kronen.
1. Regelung der Inneren Stadt sammt Umbau der Ferdinandsbrücke, welcher durch die bisherigen und künftigen Regulierungsarbeiten nothwendig und dringlich geworden ist	26,400.000
2. Regulierung der übrigen Bezirke	34,100.000
3. Gärtenherstellung sammt Einlösung des erforderlichen Terrains	18,000.000
4. Vollendung der Wienflussregulierung und Regelung der anschließenden Straßen	10,000.000
5. Neuaufnahme des gesammten Stadtplanes	1,500.000
Summe	90.000.000

Wenn es schon bezüglich eines Theiles der zuerst angeführten Arbeiten gerechtfertigt wäre, die Mithilfe des Staates in Anspruch zu nehmen, so kann das ganz gewiss bezüglich der Stadtregulierung und der mit dieser eng verbundenen Aufgaben gefordert werden. Solche Regulierungen sind Aufgaben, welche an eine Stadt nur einmal herantreten. Durch die vollständige Veränderung der wirtschaftlichen Bedingungen ist es gekommen, dass ganze Stadtviertel in ihrer Bauart den modernen größeren Verhältnissen, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, nicht mehr entsprechen und dass nur durch ein gründliches Eingreifen der machthabenden Factoren erträgliche Verhältnisse neu geschaffen werden können. Nachdem aber die Gemeinde durch die ungünstige Verbauung ihres Gebietes an einer gesunden materiellen Entwicklung behindert worden ist, so ist sie nunmehr wirtschaftlich zu schwach, sich aus eigenen Mitteln und mit eigenen Kräften die erforderlichen Existenzbedingungen selbst zu schaffen. Die Gemeinde Wien speciell hat es nicht an Versuchen fehlen lassen, die Regulierung der Stadt aus eigenen Mitteln zu decken, ja, sie hat für diesen Zweck schon sehr bedeutende Summen aufgewendet, und es sei in dieser Hinsicht nur auf die Regulierung und ausgiebige Verbreiterung der Kärntner- und Rothenthurmstraße verwiesen oder aus noch früheren Zeiten auf die Regulierung des Graben, Stock im Eisen-Platzes und des Stefansplatzes, und noch die Budgets der letzten Jahre weisen jährliche Zuwendungen von 3 bis 4 Millionen Kronen aus. Trotzdem ist das Werk der Stadtregulierung fast vollständig ins Stocken gerathen und mussten mangels der nöthigen Mittel fast alle größeren Regulierungsprojecte, oft erst nach langwierigen, leider vergeblichen Verhandlungen fallen gelassen werden, so z. B. die durchgreifende Regulierung des Neuen Marktes und der Seilergasse, die Regulierung der Naglergasse, der Straßenzug Laurenzerberg—Akademiestraße, und nicht zuletzt ist ja auch das Project der Avenue Tegetthoff—St. Stefan nur dem Mangel an den nöthigen Geldmitteln zum Opfer gefallen. Viele von diesen Projecten lassen sich heute kaum mehr ausführen, aber manche können noch gerettet werden, wie aus obiger Zusammenstellung insbesondere für die Innere Stadt hervorgeht. Sollen aber auch diese Arbeiten nicht bald ungünstig präjudiciert werden, dann muss rasch und mit bedeutenden Mitteln eingegriffen werden.

Wie ganz anders und gewaltiger werden solche Fragen in Paris aufgefasst, das nicht zum geringsten Theile diesem Umstande seine Weltstellung verdankt. Schon unter Napoleon I. wurden dort zahlreiche Stadtregulierungen vorgenommen, aber erst um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts wandte man diesen Arbeiten größere Summen zu. Noch vor Napoleon III. wurden der Boulevard de Strasbourg vom Ostbahnhof bis zum Boulevard St. Denis mit einem Aufwande von 7,750.000 Francs und die Rue des Ecoles mit einem Aufwande von 13,637.000 Francs ausgeführt; für die erstere Arbeit trug der Staat ein Drittel, für die letztere die Hälfte; er hat zu denselben mithin einen Beitrag von 9,401.800 Francs geleistet. Unter Napoleon III. wurden in Paris die größten Regulierungsarbeiten durchgeführt, u. zw. vor allem drei große im Zusammenhange stehende Straßennetze geschaffen, wofür im ganzen 1301 Millionen Francs verwendet wurden. Hierzu hat der Staat 110 Millionen beigesteuert. Die Regulierung unter der zweiten Republik von 1871 bis 1900 haben weitere 750 Millionen Francs erfordert, zu denen der Staat allerdings direct keine Zuschüsse gegeben hat. Jedoch hat schon Napoleon III. durch Ausgestaltung der Verzehrungs- und Verbrauchssteuern deren Eingänge in den Jahren 1851 bis 1859 von 37 Millionen auf 74 Millionen Francs gehoben und dieselben der Stadt überlassen. Im Jahre 1900 konnte die Stadt Paris aus dem Erträgnisse der ihr überwiesenen Verzehrungs- und Verbrauchssteuer auf eine Einnahme von über 160 Millionen Francs rechnen, welche Summe die Hälfte des gesammten Budgets dieser Stadt übersteigt. In der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts wurden sofomit für Paris auf planmäßige Stadtregulierungen über zwei Milliarden Francs aufgewendet und trotzdem stehen dort auch heute noch bedeutende Regulierungsarbeiten, deren Kosten auf weitere 500 Millionen Francs geschätzt werden, auf der Tagesordnung. Alle diese Summen konnten aus den Einnahmen der Verzehrungs- und Verbrauchssteuern gedeckt werden, also aus Steuergeldern, welche bei uns größtentheils dem Staate zufallen.

Wie gering nimmt sich dagegen die für Wien hiefür in Anspruch genommene Summe von 90 Millionen Kronen aus, wenn man insbesondere bedenkt, dass eine planmäßige Regulierung und Ausgestaltung unserer alten Stadttheile überhaupt noch nicht stattgefunden hat und in den letzten 50 Jahren auf stückweise Regulierungen, Verbreiterungen u. s. w. kaum die Summe von zusammen 100 Millionen Kronen aufgewendet worden ist! Aus dem herrlichen Aufblühen der Stadt Paris kann man entnehmen, wie segensreich für die wirtschaftliche Entwicklung einer Großstadt solche Stadtregulierungen wirken, und dass sich die Ausgabe selbst der größten Summen durch die Hebung der Steuerkraft der Stadt bezahlt macht.

Das früher herangezogene Beispiel von Prag beweist wohl, dass sich die Regierung ihrer Aufgabe, auch bei solchen Fragen wenigstens in besonders dringlichen Fällen helfend einzugreifen, bewusst ist. Wenn gleichzeitig zugegeben wird, dass die geplanten Arbeiten in Prag für diese Stadt eine unvermeidliche Nothwendigkeit sind, so wird doch niemand leugnen können, dass in Wien diese Arbeiten um des Verkehres und der sanitären Zustände willen in manchen Stadttheilen noch nothwendiger und dringlicher erscheinen. Wenn also seitens der hohen Regierung bezüglich der Stadt Wien keine Vorlage unterbreitet wurde, so geschah dies offenbar nur deshalb, weil sie hiezu noch nicht aufgefordert worden ist. Das soll aber hiemit geschehen.

Nicht zu verwechseln ist die aufgeworfene Frage mit derjenigen der Ueberlassung oder Aufhebung der Verzehrungssteuer, für welchen letzteren Fall die Gemeinde Wien in der Lage wäre, ihre Zuschläge zu erhöhen, denn die hiedurch freiwerdenden Mittel benöthigt die genannte Gemeinde dringend, um ihren sonstigen Aufgaben zu genügen. Hier soll nur eine verhältnismäßig bescheidene Anforderung für einen ganz bestimmten, derzeit doppelt dringlichen Zweck aufgestellt werden, dringlich vom Standpunkte der keine Verzögerung mehr vertragenden Frage selbst, aber auch dringlich vom Standpunkte der gerade derzeit eingetretenen, sicherlich jahrelang anhaltenden Stagnation im gesammten Wiener Baugewerbe. Von diesem letzteren Gesichtspunkte aus kann die ganze Angelegenheit auch als Nothstandsaction angesehen werden. Ueberlässt man also schon die Lösung der anderen wirtschaftlichen Fragen einer weitläufigeren Regelung der städtischen Finanzen, so sollte doch der Staat ähnlich wie in Prag wenigstens in dieser Frage rasch eingreifen und die Hälfte der für die zunächst in Aussicht genommenen Stadtregulierung und Sanierung erforderlichen Summe von obigen 90 Millionen Kronen, also eine Summe von rund 45 Millionen Kronen, allenfalls ebenso in zehn Jahresraten von je 4·5 Millionen Kronen leisten. Als Bedingung könnte etwa die Forderung gestellt werden, dass die Gemeinde Wien in den nächsten zehn Jahren die gleichen Beträge den Regulierungszwecken zuzuwenden habe.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen: In Berücksichtigung der ganz ausnahmsweisen Verhältnisse wird der Stadtgemeinde Wien für die Zwecke der Regulierung und Sanierung der Stadt eine auf zehn Jahresraten zu je 4·5 Millionen Kronen sich vertheilende Staatssubvention gewährt und die erste Rate bereits in den Voranschlag für das Jahr 1902 eingesetzt.

In formaler Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Budgetausschusse zuzuweisen.